

**ALFA Sachsen-Anhalt**  
**Allianz für Fortschritt und Aufbruch**



**WAHLPROGRAMM**  
**der Allianz für Fortschritt und Aufbruch zur**  
**Landtagswahl in Sachsen-Anhalt**  
**2016**

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>Präambel</b>	
1    Wirtschaftspolitik für Sachsen-Anhalt	4
2    Bildungs- und Familienpolitik für Sachsen-Anhalt	6
3    Innere Sicherheit und Justiz	8
4    Zuwanderung und Integration	9
5    Bürgerrechte stärken und verteidigen	10
6    Informationsfreiheit	12
7    Der Euro und Europa	12
8    Finanz und Steuerpolitik	14
9    Land- und Forstwirtschaft	14
10   Klimawandel und Naturschutz	16
11   Sachsen-Anhalt in Deutschland und Europa	17

## Präambel

Seit nunmehr 25 Jahren regieren in Sachsen-Anhalt CDU und SPD mit wechselnden Regierungspartnern. Die Bilanz ist ernüchternd. Sachsen-Anhalt steht im Bundesvergleich schlecht da. Das Land befindet sich aktuell auf dem drittletzten Platz in der Arbeitslosigkeitsstatistik. Lediglich die Stadtstaaten Berlin und Bremen schneiden schlechter ab. Durch mangelhafte Standortpolitik, gezeichnet von millionenfacher Steuerverschwendung, ungenügender Familienpolitik, einer visionsfreien Wirtschafts- und Bildungspolitik, haben es die bisherigen Landesregierungen nicht geschafft, aus Sachsen-Anhalt ein Land mit einer positiven Zukunft zu machen.

Die Abwanderung von gut ausgebildeten Fachkräften in andere Bundesländer sowie die wachsende Überalterung der Bevölkerung verstärken die Probleme des demografischen Wandels in Sachsen-Anhalt. In unserem Land ist der Anteil derjenigen Abgänger, die die Schule ohne Abschluss verlassen, fast doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt.

Die dadurch verursachten Probleme werden nicht durch Zuwanderungsphantasien der etablierten Parteien gelöst. Diese Probleme können nur durch ein attraktiv gestaltetes Sachsen-Anhalt gelöst werden, in dem eine Wirtschafts-, Familien- und Bildungspolitik betrieben wird, die diesen Namen verdient.

Dazu gehören:

- Stärkung des Mittelstandes durch gezielte Investitionen und Förderungen
- Verstärkte Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung
- Transparente Vergabe von öffentlichen Mitteln um Steuerverschwendung zu vermeiden

Das heißt, festgefahrene politische Strukturen zu durchbrechen, frischen Wind in Parlament und Verwaltungen zu bringen.

Wir, als Allianz für Fortschritt und Aufbruch, stehen für eine vernünftige und lösungsorientierte Politik. Das ledigliche Verwalten von Vorhandenem kann die zukünftigen Probleme in unserem Land nicht lösen.

Unsere programmatische Ausrichtung wendet sich den relevanten Politikbereichen im Land Sachsen-Anhalt zu. Wir arbeiten zielstrebig an neuen Lösungsansätzen für eine zukunftsorientierte Bildungsoffensive, für florierende Städte und Regionen, in denen freie und selbstbestimmt wirtschaftende Bürger für sich und künftige Generationen sorgen können. ALFA folgt dem Leitmotiv, den demokratischen Rechtsstaat, die soziale Marktwirtschaft sowie den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt als Garanten für unseren Wohlstand zu sichern und auch in Zukunft zu erhalten und zu gestalten.

# 1 Wirtschaftspolitik für Sachsen-Anhalt

In der wirtschaftlichen Entwicklung nimmt Sachsen-Anhalt einen der letzten Plätze in Deutschland ein. Auch liegt das Wirtschaftswachstum unterhalb des Durchschnittes der ostdeutschen Länder. Die Arbeitslosenquote beträgt aktuell 9,7 Prozent und ist somit die schlechteste aller ostdeutschen Länder und wird im gesamtdeutschen Vergleich nur noch von Bremen und Berlin übertroffen. Die seit Jahren regierenden Parteien haben hier auf ganzer Ebene versagt. Eine starke Wirtschaftsleistung ist aber die Voraussetzung für sichere Arbeitsplätze, hohe Steuereinnahmen für das Land und Wohlstand der Bevölkerung. Die Folgen dieser Entwicklung sind dramatisch für Sachsen-Anhalt. Gerade die jungen und gut ausgebildeten Bürger, die die Leistungsträger der Zukunft darstellen, verlassen das Land, weil sie in anderen Landesteilen Deutschlands eine bessere Perspektive für sich sehen. Auch hier hat Sachsen-Anhalt die höchste aller Abwanderungsquoten.

ALFA setzt sich dafür ein, dass alles Notwendige getan wird, um die Wirtschaftsleistung zu steigern und das Leben in Sachsen-Anhalt attraktiv zu gestalten.

ALFA fordert daher:

- Mit dem Bürokratieabbau muss sofort begonnen werden, damit gerade kleine und mittelständische Betriebe entlastet werden. Es soll eine Stelle geschaffen werden, wo jeder Unternehmer bürokratische Fehlentwicklungen melden kann, damit das System effizienter und kostengünstiger für beide Seiten gestaltet wird.
- Die Subventionierung von Arbeitsplätzen soll transparent gestaltet werden und nur in Ausnahmefällen stattfinden, da es sinnvoller ist, diese Mittel zur generellen Verbesserung des Wirtschaftsstandortes einzusetzen.
- Der Ausbau des schnellen Internets muss dringend vorangetrieben werden, da dies eine Voraussetzung für die Ansiedelung von Betrieben ist.
- Ideologisch motivierte Übergriffe auf das Eigentum durch den Naturschutz sind abzulehnen, da sie die Rechte des Gebrauches des land- und forstwirtschaftlichen Grundeigentums erheblich einschränken, was sich negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirkt.
- Die Zwangsmitgliedschaft in der IHK ist aufzuheben. Die IHK leistet eine gute Arbeit für viele Unternehmen, aber eben nicht für alle. Die Unternehmer, die keinen Vorteil in der Mitgliedschaft sehen, müssen frei wählen können.
- Die Zwangsmitgliedschaft in den Berufsgenossenschaften ist aufzuheben. Diese Leistungen können kostengünstiger durch private Unternehmen geleistet werden. Das Land hat hier lediglich die erforderlichen Vorgaben zu leisten.

- Die Bedingungen für innovative Start-up-Unternehmen sind zu verbessern. Diese sollen verstärkt an den Hochschulstandorten angesiedelt werden, damit die notwendige Kooperation mit den Forschungseinrichtungen gewährleistet wird.
- Das marode Verkehrsinfrastrukturnetz ist instanzzusetzen.
- Die Universitätsstandorte müssen mit mehr Mitteln ausgestattet werden um attraktiver für junge und gut ausgebildete Menschen zu werden. Damit eröffnen wir die Chance für Zuzug von jungen gebildeten Menschen.
- Die Landesregierung und Verwaltung des Landes muss personell verringert werden, um damit eine Entlastung der Steuerzahler zu erreichen.
- Generell müssen alle staatlichen Einrichtungen auf deren Notwendigkeit hin geprüft werden, mit dem Ziel, landesspezifische Staatsquoten zu senken. Beispielhaft ist hier die Landesenergieagentur LENA zu nennen, die jährlich über 1 Mio. € Kosten verursacht jedoch ohne einen erkennbaren Nutzen zu erbringen.

Der ländliche Raum in Sachsen-Anhalt ist geprägt durch eine starke Land- und Forstwirtschaft, die für Arbeitsplätze und Investitionen in der Region sorgen. Damit das Leben auf dem Land attraktiv bleibt, müssen die Strukturen gestärkt werden.

ALFA fordert hier insbesondere:

- Die medizinische Versorgung auf dem Land durch qualifizierte Ärzte ist sicherzustellen. Hierzu sind unbedingt Anreize für angehende Ärzte zu schaffen, damit eine flächendeckende Versorgung gewährleistet werden kann.
- Die freiwilligen Feuerwehren und das THW sind zu unterstützen, sie gehören zum Kulturgut und leisten Hilfe, nicht nur bei Brandgefahr, sondern sind auch bei Sturm und Hochwasser unverzichtbare Einrichtungen. Ganz nebenbei erfüllen sie eine wichtige soziale Funktion in der dörflichen Gemeinschaft, da sie aus einer langen Tradition entstanden und gewachsen sind.
- Die Gemeindestrukturreform ist in Teilen rückgängig zu machen. Die zwangsweise Zusammenlegung von hochverschuldeten mit schuldenfreien Gemeinden hat die gut wirtschaftenden erheblich benachteiligt. Eine Transferunion auf Gemeindeebene wird von ALFA strikt abgelehnt.
- Die Funktionsfähigkeit der Rettungsdienste ist zu gewährleisten.
- Bei der Abwasserentsorgung muss auf marktgerechte Kosten geachtet werden. Überdimensionierte oder falsch geplante Kläranlagen dürfen nicht der Bevölkerung in Rechnung gestellt werden.
- Ein attraktives Lebensumfeld ist die beste Voraussetzung dafür, dass die Menschen in der Region verbleiben. Nur dann wird auch im privaten Bereich investiert und die Unternehmen finden genug qualifizierte Arbeitskräfte.

## 2 Bildungs- und Familienpolitik für Sachsen-Anhalt

Für die Zukunft unserer Gesellschaft ist es erforderlich, über Bildung und Erziehung nicht nur Kenntnisse und Fähigkeiten an die jüngeren Generationen weiterzugeben, sondern auch die kulturellen Grundlagen des Lernens und Forschens, der Solidarität und der Fürsorge zu vermitteln. Zu diesen Grundlagen gehören für uns nicht nur Neugier, Mut und Selbstvertrauen, Kreativität und Spontaneität sowie Kritik- und Konfliktfähigkeit. Für uns gehören dazu auch Disziplin und Fleiß, Ordnungsliebe und Sauberkeit, Ehrlichkeit und Beharrlichkeit, Höflichkeit und Respekt sowie Mäßigung und Verantwortungsbewusstsein. Wir sehen nicht, dass unsere Schulen und Bildungseinrichtungen diesem Anspruch gerecht werden, solange es politisch nicht wieder gewollt wird. Das Duale System ist ein deutsches Erfolgsmodell und weltweit anerkannt. Dieses Modell soll weiter ausgebaut und gefördert werden. Gerade für Absolventen des Realschul- und Hauptschulbildungsgangs soll durch Aufrechterhaltung und Zurückgewinnung von Leistungsstandards der Weg in die berufliche Bildung weiterhin möglich sein. Wir erkennen die Begabungsvielfalt der Menschen an und machen diese zum Prinzip unserer Bildungspolitik. Wir sind für Chancengerechtigkeit, individuelle Leistungsbereitschaft und Leistungsförderung. Es ist Aufgabe der Eltern, ihre Kinder bei der Entfaltung ihrer Begabungen zu unterstützen, und es ist Aufgabe der Bildungsinstitutionen, dafür differenzierte Angebote bereitzustellen. Sexualerziehung als intimes Feld ist mit Fingerspitzengefühl in der Schule altersgerecht zu vermitteln. Eine Überbetonung des Themas lehnt ALFA ab.

- Die Unterrichtsversorgung muss mit 100 % Unterrichtsabdeckung gegeben sein. Um dieses gewährleisten zu können, werden alle fest vergebenen Lehrerstellen dauerhaft besetzt und Erziehungsvertretung und Krankheitsausfälle mit Vertretungslehrern bzw. Vertretungsstellen in vollem Umfang besetzt.
- Unabhängig von ihrer Herkunft müssen Kinder im Kindergarten eine Sprachförderung erhalten, die es ihnen ermöglicht, dem Schulunterricht von Anfang an wie ein deutscher Muttersprachler aktiv zu folgen.
- Die bisher erfolgreiche, anspruchsvolle und praxisorientierte Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher, die mit der staatlichen Anerkennungsprüfung abgeschlossen wird, soll keinesfalls durch ein Akademisieren dieses Berufs verdrängt werden. Damit würde das Potential von begabten und geeigneten Realschulabsolventen ausgeschlossen und die Personalknappheit unnötig verschärft.
- Aufgabe der Grundschule ist die Begabungsentwicklung für die weiterführenden Schulen. Am Ende muss wieder eine verbindliche Grundschulempfehlung für den künftigen Bildungsweg stehen. Es sollten wieder Noten ab der 1. Klasse und Kopfnoten

(Ordnung, Fleiß, Mitarbeit, Betragen) obligatorisch werden. Auch die Kriterien für die Bewertung von Schülerleistungen sind wieder anzuheben.

- Bei der Inklusion soll das Kindeswohl Vorrang vor Elternehrgeiz haben. Das Kind muss kognitiv in der Lage sein, den von der Schule angebotenen Bildungsabschluss auch zu erreichen. Die Position der Förderschulen ist zu stärken.
- Nach Maßgabe der Elternnachfrage und der regionalen Möglichkeiten sind Ganz- und Halbtagschulen anzubieten, damit Wahlfreiheit gegeben ist. Das Gymnasium als eigenständige Schulform muss erhalten werden. Anforderungen dürfen nicht wegen vermeintlicher Chancengleichheit abgesenkt werden.
- Die beruflichen Schulen sind technisch und personell besser auszustatten. Die vorgeschalteten allgemeinbildenden Schulen sollen die Ausbildungsreife im Blick behalten.
- Wir fordern bundeseinheitliche Leistungsstandards für Bildungsabschlüsse, damit unsere Landeskinder bei der Vergabe von Ausbildungs- und Studienplätzen ihre Qualitäten unter Beweis stellen können.

Es ist das Natürlichste auf der Welt, dass jede Generation Kinder großziehen muss und dass die Kinder für ihre Elterngeneration sorgen. Eine Gesellschaft kann auf Dauer nicht auskömmlich und friedlich leben, wenn viel zu viele oder viel zu wenige Kinder geboren werden. Eine auf Stabilität gerichtete Familienpolitik ist daher ebenso legitim wie erforderlich. Die Leistung von Eltern angemessen anzuerkennen, ist keine Diskriminierung anderer Lebensmodelle und anderer sexueller Orientierungen, sondern ethisch wie ökonomisch dringend geboten. Viele Leitbilder, Rollenerwartungen und Lebensziele blenden die gesellschaftliche Notwendigkeit von Nachwuchs einfach aus. Wir halten dies für das größte gesellschaftliche Versagen auch in den meisten anderen europäischen Ländern. Da die ideologischen, rechtlichen und ökonomischen Bedingungen für dieses kollektive Versagen politisch geschaffen wurden, können sie auch politisch zum Positiven verändert werden. Das steuerliche Existenzminimum von Kindern ist von Rentenversicherungsbeiträgen freizustellen, ohne dass dadurch spätere Rentenansprüche gemindert werden.

- Wir fordern, das Ehegattensplitting zu erhalten. Es soll um ein Familiensplitting ergänzt werden.
- Junge Ehepaare können durch zweckgebundene Haushaltsgründungsdarlehen zum Beispiel für den Erwerb von Wohnungen oder Wohnrechten zur Eigennutzung unterstützt werden. Der Kredit ist schrittweise von der Rückzahlung freizustellen, wenn sich Nachwuchs einstellt.

- Medizinern, die sich während des Studiums verpflichten, nach ihrer Ausbildung im ländlichen Raum zu arbeiten, sollen spezielle Stipendien zugutekommen.



### 3 Innere Sicherheit und Justiz

Der Staat muss Leben und Gesundheit sowie das Eigentum seiner Bürger schützen, aber er tut es nur unzureichend. Einheimische und internationale Verbrecher und Terroristen verfügen heute über Kommunikationsmittel, IT-Infrastruktur, Logistik und Bewaffnung wie nie zuvor. Es ist Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass Staatsanwaltschaft und Polizei Recht und Ordnung tatsächlich durchsetzen können. Dafür müssen sie aber auch die erforderlichen technischen und personellen Mittel für rechtsstaatliche Aufklärung und Beweisführung erhalten.

- Die Polizeipräsenz im öffentlichen Raum ist zu erhöhen und die Präventionsberatung zu verstärken.
- Wir fordern, einen Polizeibeauftragten beim Landtag einzusetzen, ähnlich dem Wehrbeauftragten für die Bundeswehr. Der Landespolizeibeauftragte soll Ombudsmann der Polizeibeamten sein und eine bessere Kontrolle der Polizeiorganisation durch den Landtag ermöglichen. Dem Landtag soll er regelmäßig über Fragen der inneren Führung, der Ausstattung und der Arbeitsbedingungen der Polizeibeamten berichten.
- Wir fordern eine effektivere Zusammenarbeit der Verfassungsschutzämter, welche professionell durch das Bundesamt für Verfassungsschutz koordiniert wird.
- Zeugen und andere Verfahrensbeteiligte sind vor Einschüchterungen, Gewalt- und Racheakten durch Täter und deren Angehörige umfassend zu schützen.
- Vorsätzlich herbeigeführte Strafmilderungsgründe wie Vollrausch und Drogeneinfluss sind bei der Strafzumessung abzuschaffen.
- Paralleljustiz ist abzulehnen und zu verfolgen.
- Widerstandshandlungen gegen Polizei und öffentliche Ordnungskräfte müssen strenger bestraft werden.
- Wir fordern klare, sofort ausgesprochene und unmittelbar anzuwendende Strafen als "Warnschuss" für jugendliche Ersttäter.
- Bei ausländischen Wiederholungstätern soll konsequent geprüft werden, ob die Voraussetzungen für die Aufenthaltserlaubnis noch erfüllt sind oder die Ausweisung geboten ist.

## 4 Zuwanderung und Integration

Die Bundesregierung hat in der Asyl- und Flüchtlingspolitik geltendes deutsches und europäisches Recht gebrochen. Das hat auch unmittelbare Auswirkungen auf die Zahl der Asylsuchenden in Sachsen-Anhalt. Den meisten Bürgern ist gar nicht bewusst, dass bei der Anwendung des geltenden Rechts nur ein geringer Teil der Asylbewerber hier Aufnahme finden könnte. Erkennen kann man das an anderen EU Ländern, die nur einen Bruchteil der Menge an Asylbewerbern im Verhältnis zu Deutschland aufnehmen und damit nicht gegen geltendes Recht verstoßen. Eine unbegrenzte Zuwanderung ist naiv und illusionär. Kein Staat nimmt unbegrenzt Flüchtlinge auf. Natürlich gibt es hier auch Obergrenzen. Städten und Gemeinden muss ein Mitbestimmungsrecht bei der Höhe der Aufnahme von Flüchtlingen zugesprochen werden. Zur Verbesserung der Asyl- und Flüchtlingssituation fordert ALFA ein abgestimmtes Maßnahmenpaket:

- Verträge und geltendes Recht sind konsequent anzuwenden.
- Flüchtlingsstopp für soziale Brennpunkte.
- EU weiter Kampf gegen kriminelle Schleuser.
- Wir treten für die Abschaffung materieller Fehlanreize für Wirtschaftsflüchtlinge ein.
- Barzahlungen sind durch Sachleistungen zu ersetzen.
- Wir fordern die Möglichkeit, Asylanträge außerhalb der EU zu stellen.
- Wir fordern einen besseren Schutz der Schengen-Außengrenzen und gezielte Überwachungsmaßnahmen an unseren Staatsgrenzen.
- Keine Enteignung von Eigentum der Bürger zur Unterbringung von Asylsuchenden.
- Keine Kündigung von Mietern zur Unterbringung von Asylsuchenden.
- Wir fordern, Flüchtlingsprobleme vorrangig in den Herkunftsregionen zu lösen.
- Menschen, die gegenüber deutschen Behörden ihre Identität verfälschen oder verschleiern, sollen in der Regel bei uns keine Aufnahme finden.
- Wir fordern nach der zentralen Erstaufnahme beschleunigte Verfahren und eine schnelle Abschiebung im Ablehnungsfall sowie eine dezentrale Unterbringung der Asylbewerber.
- Staatliches Eingreifen bei straffällig gewordenen Asylbewerbern.
- Weitere sichere Herkunftsstaaten benennen.

Fehlentwicklungen der Integration, wie sie in Duisburg Marxloh, Berlin-Neukölln sowie in zahlreichen anderen Großstädten zu verzeichnen sind, müssen benannt und analysiert werden. ALFA setzt sich dafür ein, das auch hier vernünftige Lösungskonzepte entwickelt werden und der staatlichen Ordnung wieder Geltung verschafft wird.

Aufgrund der demographischen Entwicklung in den letzten Jahrzehnten braucht Deutschland und gerade Sachsen-Anhalt eine qualifizierte Zuwanderung. Ein ausländerfeindliches Klima ist dafür abträglich. Wir wollen eine Einwanderungspraxis, die sich an Bildung, Berufserfahrung, Sprachkenntnissen, dem Bedarf auf dem Arbeitsmarkt und einem klaren Bekenntnis zum Grundgesetz orientiert. Nichts unterstreicht den Willen und die Fähigkeit zur Integration besser, als der Bewerber, der sich die Kenntnisse selbst angeeignet hat, die zu einer erfolgreichen Integration notwendig sind.

- Die Zweckentfremdung des Asylrechts durch Wirtschaftsflüchtlinge ist zu unterbinden.
- Wir fordern ein Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild.

## 5 Bürgerrechte stärken und verteidigen

Die Demokratie ist in Gefahr, wenn die Bürger sich nicht mehr von den Parteien vertreten sehen. Alarmierend ist die Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, die mittlerweile nur noch bei 50 Prozent liegt. Die Hälfte der Wähler ist der Auffassung, dass es keinen Sinn macht zur Wahl zu gehen, weil ihre Interessen offensichtlich keine Berücksichtigung finden. Alle Staatsgewalt geht nur dann vom Volk aus, wenn die Bürger über wichtige Fragen selbst entscheiden können. Dafür sieht das Grundgesetz Abstimmungen ausdrücklich vor. Der Bundestag überdehnt seine Befugnisse, wenn er auch heute noch der Urteilsfähigkeit des Volkes misstraut und ein Ausführungsgesetz über Volksentscheide verweigert. Weltweit sind es die repräsentativen parlamentarischen Demokratien, in denen die Länder und Völker am besten regiert werden. Aber wenn das Volk es für geboten hält, muss es das Recht haben, eine wichtige Entscheidung selbst zu treffen. Volksentscheide auf Ebene des Bundes und der Bundesländer sowie auf Ebene der Kommunen und Gemeinden sind eine gute Ergänzung der parlamentarischen Demokratie. Wir fordern Volksbegehren und Volksentscheide zur besseren Mitbestimmung der Bürger.

Angelehnt an das Schweizer System fordert ALFA die sofortige Einführung folgender Volksentscheide:

- Volksabstimmungen zu Finanzfragen: Ab einer bestimmten Höhe der Ausgaben oder bei defizitären Haushalten sind Volksabstimmungen zwingend durchzuführen.
- Volksabstimmungen zu Gesetzen: Jeder Bürger soll die Möglichkeit besitzen, eigene Gesetze einzubringen. Hierfür sollen 2 Prozent der Wählerstimmen notwendig sein. Bereits durch das Parlament beschlossene Gesetze können innerhalb einer bestimmten Frist geändert oder rückgängig gemacht werden. Hierfür sollen ein Prozent der Wählerstimmen notwendig sein.

- Einführung von obligatorischen Volksabstimmungen: Diese sollten immer bei allen Fragen der Souveränitätsabtretung an die EU, bei Übernahmen von Haftungsrisiken für andere Länder, bei Verfassungsänderungen und ähnlich wichtigen Entscheidungen zum Tragen kommen.

Bei allen Volksentscheiden soll die Mehrheit der abgegebenen Stimmen entscheiden, mit Ausnahme von Verfassungsänderungen. Hierfür sollen 2/3 der Stimmen notwendig sein. Durch diese Stärkung der Bürgerrechte würden alle Wähler unmittelbar deutlich höhere Mitbestimmungsrechte erhalten und könnten auch eigenständig Ideen und Änderungen einbringen. Durch die notwendigen Unterstützerunterschriften ist ausgeschlossen, dass eine Minderheitsdominanz entsteht. Auch die Politiker müssen sich bei Ihren Entscheidungen immer bewusst machen, dass Ihre Entscheidungen vom Volk wieder revidiert werden können, was natürlich mit einem erheblichen Ansehensverlust einhergehen würde.

ALFA ist für das Leistungsprinzip und gegen Quoten jeglicher Art. Nach dem Leistungsprinzip wählen Menschen andere Menschen für Aufgaben aus, wenn sie von diesen individuell erwarten, dass sie tüchtig sind und voraussichtlich erfolgreich sein werden. Die etablierten Parteien sind in immer mehr Fällen für Quoten. Für die etablierten Parteien spielt Leistung keine Rolle, weil sie anspruchsvolle Positionen als bloße Versorgungsstellen sehen, die unter politischen Gesichtspunkten verteilt werden sollen. Es besteht die Gefahr, dass immer weitere Minderheiten erfunden werden und damit die Spaltung der Gesellschaft vorangetrieben wird. Das stellt einen Verlust an Demokratie dar. Privilegien im Bildungswesen und im Erwerbsleben demotivieren die Leistungsbereiten und untergraben die Grundlagen von Innovationskraft, Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand.

ALFA fordert daher:

- Abschaffung aller Quotenregelungen. Das gilt auch für den öffentlichen Dienst, bei dem die Leistung wieder in den Vordergrund rücken und dann auch entsprechend entlohnt werden muss.

Unser Staat steht für Werte und er muss diese aktiv bewerben und verteidigen. Es sind dies die Werte, die aus der christlichen Prägung unseres Landes folgen, die Werte des Humanismus, der Aufklärung und der Revolutionen von 1789, 1848 und 1989. Insbesondere in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen muss der Staat diese Werte vermitteln und offensiv gegen Herausforderungen verteidigen. Deshalb kann er auch verlangen, dass seine Bediensteten in ihrem Verhalten und in ihrer Kleidung nichts tun, was seiner Werteordnung zuwiderlaufen könnte. Innerhalb dieser Werteordnung aber ist der Staat gehalten, zu gesellschaftspolitischen Kontroversen nicht einseitig Stellung zu nehmen. Umstrittene

Kampagnen spezieller Interessengruppen, die spezifische Auffassungen etwa zum Geschlechterverständnis (sog. Gender Mainstreaming) oder zur sexuellen Selbstbestimmung von Minderjährigen vertreten und aktiv vorantreiben, haben in staatlichen Einrichtungen nichts zu suchen und dürfen vom Staat nicht gefördert werden.

## 6 Informationsfreiheit

Die Digitalisierung der Gesellschaft ist nicht mehr aufzuhalten. Globalität, Vernetzung und Virtualität gehören mittlerweile zum Alltag in Beruf und Freizeit. Jeder Bereich unseres Lebens ist davon betroffen. Behörden, Institutionen und Unternehmen erfassen ständig unsere Daten und speichern diese in zentralen Datenbanken. Auf die Speicherung vieler Daten haben wir keinen Einfluss. Sie werden bei An- und Abmeldung, Anträgen und Anschreiben jeglicher Art erfasst und gespeichert. Eine sehr große Rolle spielen Banken und Internethändler. Die Schutzauskunft für Verbraucher (SCHUFA) ist allgegenwärtig.

- Wir sind für das Recht der frei zugänglichen Auskunft des Einzelnen zu seinen persönlich gespeicherten Daten.
- Wir sind gegen den Handel mit persönlichen Daten.
- Wir sind gegen Vorratsdatenspeicherung, diese ist teuer und sinnlos. Es gibt keinen Beweis, dass durch Vorratsdatenspeicherung ein terroristischer Angriff verhindert werden konnte. Jegliche Erhebung und Speicherung persönlicher Daten hat im Rahmen des Bundesdatenschutzgesetzes auf Grundlage der in der Verfassung festgeschriebenen Grundrechte und der Demokratie des Rechtsstaates zu erfolgen.

## 7 Der Euro und Europa

Der Euro als Einheitswährung ist zu einem Sprengsatz für Europa geworden. Nachdem man der deutschen Bevölkerung den Übergang zu einer ebenso soliden Währung wie der D-Mark versprochen hatte, wurden die dafür getroffenen Vereinbarungen schon bald nach Abschaffung der D-Mark umgangen und gebrochen. Unter diesen Bedingungen kann eine Währungsunion nicht funktionieren. Die Niedrigzinspolitik der EZB benachteiligen im erheblichen Maße die Sparer, um überschuldete Staaten und Banken mit immer weiteren Krediten zu Vorzugskonditionen zu versorgen. Die Währungsunion verhindert den notwendigen Ausgleich von Produktivitätsunterschieden zwischen den Euro-Ländern. Der Euro ist für den Süden zu teuer und für den Norden zu billig. Eine Währungsunion kann nur zwischen

solchen Ländern funktionieren, die wirtschaftlich ähnlich leistungsfähig sind oder die sich zumindest ihrer unterschiedlichen Leistungsfähigkeit entsprechend verhalten.

Eine gemeinsame Währung erlaubt keine Abwertung mehr, wenn die eigene Wettbewerbsfähigkeit verloren geht. Ohne eine grundlegende Änderung der bisherigen Europapolitik werden sich die ökonomischen Ungleichgewichte in Europa weiter verstärken. Die Bevölkerung der Krisenländer verarmt zusehends. Sie leidet unter Arbeitslosigkeit, insbesondere unter Jugendarbeitslosigkeit. Die Staatsverschuldung der schwachen Euro-Länder steigt ungebremst. Schon jetzt betragen die finanziellen Risiken aus der Haftungunion nach Berechnungen des ifo-Instituts allein für Deutschland mehr als 500 Mrd. €. Als nächste Eskalationsstufe wird die EZB noch mehr Geld drucken. Damit wird der Euroraum da enden, wo einige seiner Mitgliedsländer schon vorher waren: Bei einer ungehemmten Inflations- und Schuldenpolitik, die in einem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Desaster mündet.

ALFA fordert daher:

- Keine Gewährung weiterer Kredite durch den ESM
- Keine weitere Staatsfinanzierung durch die EZB, auch nicht indirekt über das Bankensystem
- Keine multinationalen Rettungsfonds für Banken
- Keine Käufe von Staatsanleihen durch die EZB, keine Eurobonds
- Stimmgewichte in der EZB gemäß den Stammkapitalanteilen der einzelnen Länder
- Jährlicher Ausgleich künftiger Targetsalden
- Schaffung eines Insolvenzrechts für Staaten
- Schaffung eines geregelten Austrittsrechts aus dem Euroraum

Für aktuell nicht konkurrenzfähige Länder wie Griechenland wäre es richtig, die Währungsunion zu verlassen. Letztlich sollten der Währungsunion nur noch solche Länder angehören, welche die Bedingungen für eine Mitgliedschaft erfüllen und die vorbehaltlos für diese Regeln und damit für eine solide Geldpolitik eintreten. Sollte sich der fortgesetzte Regelverstoß in der Währungsunion nicht beenden lassen, wäre damit ihre Geschäftsgrundlage entfallen. Die stabilitätsorientierten Mitgliedsländer sollten dann versuchen, unter sich eine kleinere Kernwährungsunion zu bilden. Sollte eine einvernehmliche Auflösung nicht möglich sein, muss Deutschland als allerletzten Ausweg aus der Währungsunion austreten. Voraussichtlich werden gleichzeitig andere stabilitätsorientierte Staaten die Eurozone verlassen und mit Deutschland eine informelle Währungsunion bilden, wie es vor der Etablierung der Währungsunion der Fall war.

## 8 Finanz und Steuerpolitik

Sachsen-Anhalt steht an zehnter Stelle im Ländervergleich bei der Pro-Kopf-Verschuldung. Mit rund 9.200 € pro Kopf sind die Bürger in Sachsen-Anhalt rund siebenmal höher verschuldet als die Bürgerinnen und Bürger der auf Platz eins stehenden Bayern. Das Sachsen-Anhalt in dem laufenden Haushalt keine Neuschulden aufnehmen musste, ist nicht etwa der guten Politik der Landesregierung zu verdanken, sondern der Politik der EZB, durch diese die Zinsen auf einem Niveau von fast 0 % liegen. Die Finanzpolitik des Landes ist durch Verschwendung gekennzeichnet. Im Bericht des Landesrechnungshofes ist dies überprüfbar und nachzulesen. Besonders belastend für uns Bürger sind beispielsweise die Investitionsruinen der Abwasserzweckverbände.

- Wir fordern eine Vereinfachung des Steuersystems.
- Wir unterstützen die Forderung des Bundes der Steuerzahler, einen neuen Paragraphen zum Tatbestand der "Haushaltsuntreue" einzuführen, welcher die mutwillige Verschwendung von Steuergeldern unter Strafe stellt.
- Wir setzen uns für eine transparente Finanzierung öffentlicher Projekte ein und lehnen Schattenhaushalte ab.
- Sogenannte Public Private Partnerships sind auf Ausnahmefälle zu begrenzen, da hier oft keine Kostentransparenz besteht, langfristige Folgekosten nicht berücksichtigt werden und die Vergabekriterien den Mittelstand benachteiligen.
- Es ist notwendig, durch Bürokratieabbau, die Anzahl der Landesbediensteten in der Verwaltung abzubauen, um z.B. mehr Lehrer und Polizisten einstellen zu können.
- Die Vergabe von Subventionen muss transparenter und überprüfbarer werden. Subventionen können den Wettbewerb verzerren und dadurch insbesondere kleine und mittelständige Unternehmen benachteiligen.
- Alle Steuer- und Finanzpolitischen Maßnahmen müssen die Senkung der Staatsquote zum Ziel haben, denn jeder privatwirtschaftlich verwendete Euro wird prinzipiell effektiver eingesetzt, als jeder vom Staat ausgegebener Euro.

## 9 Land- und Forstwirtschaft

Sachsen-Anhalt ist ein wirtschaftlich erfolgreicher und traditioneller Agrarstandort. Die Land- und Forstwirtschaft ist ein stabiler Wirtschaftsfaktor für den ländlichen Raum, der Arbeitsplätze schafft und auch für stabile Umsätze im Handel und Handwerk sorgt. Die Rahmenbedingungen für Landwirte müssen so gestaltet werden, dass sie in die Lage versetzt werden, ihre Erlöse auf dem freien Markt zu erwirtschaften. Land- und Forstwirte tragen durch ihre umweltgerechten Bewirtschaftungsmethoden maßgeblich zum guten

ökologischen Zustand der Flächen und des Landschaftsbildes bei, was die Regionen attraktiver gestaltet und den Tourismus fördert. Wertvolle Kulturlandschaften würden sonst gar nicht gepflegt werden können.

ALFA setzt sich für eine fortschrittliche Landwirtschaft ein. Ziel muss es sein, wirtschaftlich erfolgreich und umweltfreundlich sowie dem Tierschutz gerecht zu werden. Nicht nur aus ethischen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen fordern wir eine fortschrittliche Nutztierhaltung. Der Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung ist zu reduzieren. Die Vergabe muss restriktiver stattfinden und besser dokumentiert werden, damit Vermeidungsstrategien entwickelt werden können. Auch muss auf diesem Gebiet mehr geforscht werden, um die Entstehung von Resistenzen bei der Antibiotikabehandlung zu verhindern.

Eine Direktvermarktung der Land-, Forst- und Nahrungsgüterprodukte stärkt die regionalen Wirtschafts- und Stoffkreisläufe und sorgt dadurch für die Schaffung von weiteren Arbeitsplätzen. Zusätzliche Belastungen durch übermotiviert Umweltschutzaufgaben schwächen die Landwirtschaftsbetriebe im europäischen Wettbewerb.

Nachhaltig bewirtschaftete Wälder haben in Sachsen-Anhalt eine lange Tradition. Der Begriff der Nachhaltigkeit in der Bewirtschaftung wurde 1713 von Hans Carl von Carlowitz in Sachsen-Anhalt bereits vor über 300 Jahren erfunden. Die nachhaltige Waldwirtschaft hat damit ihre weltweite Verbreitung von Sachsen-Anhalt aus begonnen.

Die Bundeswaldinventur hat dem Wald in Sachsen-Anhalt ein hervorragendes Zeugnis ausgestellt. Aus diesem Grund lehnt ALFA weitere Eingriffe in das Eigentumsrecht durch eine Ausweitung der Naturschutzvorschriften für den privaten Waldbesitz ab.

- Die Jugendwaldheime sollen noch stärker gefördert werden, denn sie bieten die Möglichkeit Schüler und Jugendliche an das Thema Natur, Wald und Forstwirtschaft heranzuführen.
- Die Ämter für Land- und Forstwirtschaft sind zu entbürokratisieren, damit der Land- und Forstwirt sich seiner eigentlichen betriebsnotwendigen Arbeit besser widmen kann.
- Die Forstbetriebsgemeinschaften sind zu fördern, da gerade bei den Kleinwaldbesitzern ein erhebliches Potential für einen Entwicklungsschub liegt und sich neue Perspektiven für Arbeitsplätze im ländlichen Raum ergeben. Außerdem steigt dadurch die Produktion nachhaltiger Rohstoffe auf die wir in Zukunft mehr angewiesen sein werden.
- Innovatives und umweltfreundliches Bauen mit Holz muss bei der Ausschreibung von öffentlichen Gebäuden eine größere Rolle spielen. Dadurch können lokale Kreisläufe belebt und die Umwelt entlastet werden.
- Die Forststrukturen sind in Sachsen-Anhalt so zersplittert, dass es für die Bürger und Waldbewirtschaftler unübersichtlich ist, an wen sie sich mit welchem Problem wenden können. Hier sind die Strukturen wieder effizienter zu gestalten.



- Weiterhin ist eine Internetplattform ähnlich wie in Bayern zu schaffen, die es dem Bürger ermöglicht, sich über Zuständigkeiten einzelner Waldgebiete zu informieren. Auch neue wissenschaftliche Erkenntnisse in der Bewirtschaftung, die auf dieser Plattform Verbreitung finden können, fördern somit eine zukunftsorientierte Bewirtschaftung.
- Wir fordern ein praxismgerechtes und unbürokratisches Jagdrecht unter Berücksichtigung des breiten Erfahrungsschatzes der betroffenen Jäger, Grundbesitzer, Förster und Landwirte.
- Verstöße gegen den Tierschutz sind konsequent zu ahnden.

## 10 Klimawandel und Naturschutz

Klima- und Naturschutz sind wichtig für unsere Zukunft und sollten im Einklang miteinander betrieben werden. Für den Klimaschutz sind stabile Wälder von besonderer Bedeutung, da durch das Wachstum der Bäume CO<sub>2</sub> gebunden wird. Wird dieses Holz zu hochwertigen Produkten oder zum Bau von Häusern verwendet, wird das im Holz gebundene CO<sub>2</sub> auf viele Jahre dem Kreislauf entzogen und leistet so einen erheblichen Beitrag für ein besseres Klima. Außerdem ersetzen diese nachwachsenden Rohstoffe andere fossile Rohstoffe, die nur noch begrenzt zur Verfügung stehen.

Aus der Bewirtschaftung genommene Waldflächen, also stillgelegte Schutzgebiete, sind konträr zum Klimaschutz, denn die Nutzung der Wälder als erneuerbare Rohstoffquelle ist ein aktiver Beitrag zur Minderung des Klimawandels. Nicht genutzte Wälder hingegen können zu erheblichen CO<sub>2</sub>-Quellen werden, denn beim Zersetzungsprozess in der Natur wird genauso viel CO<sub>2</sub> freigesetzt, als wenn man das Holz verbrennen würde.

ALFA fordert daher, eine bessere Abwägung zwischen Klima- und Naturschutz, insbesondere wenn die vorgegebenen Ziele des Naturschutzes auch anders, als durch Stilllegung der Wälder erreicht werden können. Problematisch sind die zunehmenden Projekte, wonach die Naturschutzfunktionen angeblich nur dann wirksam werden, wenn die Nutzfunktion vollständig ausgeschaltet wird. Solche Ansätze finden sich in der Biodiversitätsstrategie des Bundes ebenso wie in den Kernzonenkonzepten von Biosphärenreservaten, aber auch im Umgang mit Waldflächen des Bundes, die ausschließlich zu Naturschutzzwecken an Länder, Verbände und Vereine übertragen werden. Anerkannte Forschungsinstitute haben bestätigt, dass es sogar eine höhere Artenvielfalt in bewirtschafteten Wäldern geben kann, was bedeutet, dass sich selbst überlassene Wälder nicht automatisch besser für die Natur sind.

Deshalb fordert ALFA eine unabhängige Überprüfung, ob die vorgegebenen Naturschutzziele mit der jeweiligen Maßnahme auch erreicht werden. Sachsen-Anhalt verfügt über ein intensives Schutzgebietsszenario, von dem der Wald überproportional betroffen ist. Weitere Schutzgebietsausweisungen oder Verschärfung der Nutzungseinschränkungen im Privatwald lehnen wir ab. Weiterentwicklung des Naturschutzes hat immer mit Augenmaß und in Abstimmung mit den beteiligten Privateigentümern, kommunalen Bewirtschaftern und den Landesforstbetrieben zu geschehen. Nur so können langfristig alle Funktionen des Waldes erhalten bleiben.

## 11 Sachsen-Anhalt in Deutschland und Europa

Jahrzehntelange freiwillige Selbstbindung durch internationale Verträge und Konventionen hat nicht nur in Deutschland und Sachsen-Anhalt zu einem Verlust an politischer Steuerungsfähigkeit geführt. Wir beklagen heute einen fortschreitenden Verlust an Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die demokratische Repräsentation des Volkes in den Parlamenten wird zunehmend ad absurdum geführt.

Wir befürworten daher ein Europa souveräner Staaten. Wir setzen auf Subsidiarität, Wettbewerb zwischen den Staaten und Eigenverantwortung der Länder für ihre Staatsschulden und Bankenrisiken. Wir wehren uns gegen die Strategie, in der EU Zentralismus, Überharmonisierung und die Sozialisierung von Staats- und Bankenschulden einzuführen. Die Probleme bei der Einheitswährung Euro und die Gängelung der Menschen durch Verordnungen der Brüsseler Bürokratie führen nicht zur Einigung, sondern zu Zwist und Zwietracht in Europa. Weil wir für ein einiges Europa mit souveränen Mitgliedsstaaten eintreten, setzen wir uns für die sofortige Rückkehr zu den ursprünglichen Stabilitätskriterien beim Euro ein. Gelingt dies nicht mit allen EU Mitgliedsstaaten sollte mit stabilitätsorientierten Ländern versucht werden, eine Kernwährungsunion zu gründen. Gelingt dies nicht, bleibt nur der Weg zurück zu nationalen Währungen.

ALFA setzt sich für eine grundlegende Reform der EU ein:

- Keine EU Transferunion: Dazu gehört, dass in der EU keine versteckten Transfers zwischen den Mitgliedstaaten über eine wie auch immer geartete Bankenunion, eine EU-weite Arbeitslosenversicherung, Solidaritätsabgaben für einzelne Staaten oder kostenträchtige Garantien oder sonstige Transferzahlungen ohne Gegenleistung zugelassen werden dürfen.
- Keine Vergemeinschaftung von Schulden: Wir lehnen jede Form der Vergemeinschaftung von Schulden entschieden ab. Egal, ob in Form von Eurobonds oder über gemeinschaftlich finanzierten Institutionen wie EZB, ESM oder Bankenunion.

- Keine versteckte Verschuldung: Eine versteckte Verschuldung der EU, wie sie derzeit etwa über „unbezahlte Rechnungen“ und nicht abgesicherte Risiken wie z.B. Target 2, Rettungsschirm und Anleihekäufe weitgehend unsichtbar für die Öffentlichkeit stattfindet, ist nicht hinnehmbar.
- Schlanke öffentliche Hand: Die von uns geforderte geringere Staatsquote muss auch europaweites Ziel sein. Durch Bürokratieabbau und effizientere Verwaltung sowie eine verstärkte Ausgabenkontrolle kann hier schon einiges erreicht werden. ALFA steht sowohl für ein schlankeres als auch für ein demokratischeres Europa.
- Demokratische Legitimation: ALFA setzt sich für die Stärkung der demokratischen Legitimation und Rechte der europäischen Institutionen ein. Im Zuge einer Reform des Europaparlamentes ist der kostspielige doppelte Parlamentssitz in Brüssel und in Straßburg zu beenden.
- Steuern: Wir kämpfen für den Erhalt des Steuerwettbewerbs. Jedoch sind wir gegen aggressive Steuervermeidungsstrategien und die Verschiebung von Gewinnen in Steuerparadiese. Dafür kann es EU weite Kooperationen geben, z.B. bei der Festlegung der Besteuerungsgrundlagen.
- Stärkung der deutschen Position in den Institutionen: Im Zentralbankrat der EZB hat die Bundesbank genauso eine Stimme wie die Nationalbank Zyperns, Lettlands oder Luxemburgs. Im europäischen Parlament vertritt ein deutscher Abgeordneter ca. 850.000 Bürger, ein österreichischer nur ca. 440.000, ein maltesischer Abgeordneter nur 70.000. Die Stimme eines Bürgers auf Malta hat also mehr als zehnmal so viel Gewicht wie eine deutsche Stimme. Dies widerspricht deutlich dem Prinzip der Wahlgleichheit.